26. Unter welchen Voraussetzungen ist auch eine nicht unterschriebene Bilanz als gezogen zu betrachten?

R.D. §. 210 Nr. 3.

H.G.B. Artt. 29—35.

I. Straffenat. Urth. v. 5. Oktober 1882 g. N. Rep. 1735/82.

I. Landgericht Neuwied.

Aus den Gründen:

Die Revision des Staatsanwaltes scheidet das erstinstanzliche Urteil nur insoweit an, als die Witwe N., eine Kauffrau, wegen einfachen Bankrottes aus §. 210 Nr. 3 R.D. freigesprochen worden ist.

Diese Gesetzesbestimmung bedroht Schuldner, über deren Vermögen — wie vorliegend im Jahre 1881 geschehen — das Konkursverfahren eröffnet worden ist, mit der Strafe des einfachen Bankrottes, wenn sie „gegen die Bestimmung des Handelsgesetzbuches unterlassen haben, die Bilanz ihres Vermögens in der vorgeschriebenen Zeit zu ziehen.“

Nach der Feststellung der Strafkammer hat die Angeklagte ihre Handelsbücher ordnungsmäßig geführt, die Bilanzen von 1875 an aber nicht unterschrieben. Das Vorgericht findet unter diesen Verhältnissen den Thatbestand des Vergehens aus §. 210 Nr. 3 R.D. nicht hergestellt, weil die fehlende Unterschrift allein den vorhandenen Bilanzen die rechtliche Existenz nicht entziehe.

Mit Unrecht bezeichnet die Revision des Staatsanwaltes diese Erwägung, worauf die Freisprechung der Angeklagten in der berührten Richtung gestützt wird, als rechtsirrtümlich, insbesondere Art. 30 H.G.B.'s und §. 210 Nr. 3 R.D. verlegend.

Zunächst ist in dem von der Staatsanwaltschaft angezogenen Erkenntnisse des II. Straffenates des Reichsgerichtes vom 14. Juni 1881 g. B. Rep. 1206/81 eine prinzipielle Entscheidung im Sinne der Revision nicht getroffen, vielmehr mit Rücksicht auf einen konkreten Fall nur ausgesprochen, daß unter Umständen auch in mangelnder Unterschrift der Bilanz ein Zuwiderhandeln gegen §. 210 Nr. 3 R.D. enthalten sein könne.

Zur Sache muß mit dem III. Straffenate des Reichsgerichtes (Art. v. 30. Oktober 1880 g. B. Rep. 1951/80) angenommen werden, daß die einfache Thatsache der fehlenden Unterzeichnung an sich noch keineswegs geeignet ist, eine vorliegende Bilanz als nichtig und überall nicht vorhanden darzustellen. Allerdings ist unter der in §. 210 Nr. 3 R.D. erwähnten Bilanz eine kaufmännische Bilanz zu verstehen. Die Bilanz muß dem Art. 29 H.G.B.'s gemäß den Charakter eines das Verhältnis des Vermögens und der Schulden erweisenden Abschlusses an sich tragen. Diesem sachlichen Erfordernisse entsprechen die von der Angeklagten angefertigten Bilanzen.

In den Artt. 30 flg. H.G.B.'s sind mehrfache spezielle Vor-

schriften für die Einrichtung der Bilanz gegeben. So hat der Kaufmann sich dabei einer lebenden Sprache und der Schriftzeichen einer solchen zu bedienen, Durchstreichungen oder Radierungen zc, welche den Inhalt des ursprünglichen Eintrages unleserlich oder unkenntlich machen, zu vermeiden, den Wert der Vermögensstücke zc nach bestimmten Grundsätzen zu bestimmen zc. Insbesondere ist nach Art. 30 die Bilanz von dem Einzelkaufmanne und von sämtlichen offenen Gesellschaftern zc zu unterzeichnen. Allein es liegt weder in der Natur der Dinge, noch ist gesetzlich ausgedrückt, daß gerade der Nichtbeobachtung dieser Vorschrift eine erhöhte Bedeutung den übrigen Anforderungen gegenüber mit der Wirkung entfallender rechtlicher Existenz der Bilanz selbst beizumessen sei. Das Handelsgesetzbuch gewährt keinen Anhalt für derartiges ausnahmsweises Überwiegen des Requisites der Unterschrift, für die Unterstellung, es sei eben die Unterzeichnung das wesentliche Moment, ohne welches die den sonstigen Erfordernissen entsprechende Bilanz überhaupt nicht zum rechtlichen Dasein gelange. Dagegen spricht schon der sonstige Inhalt desselben Art. 30 H.G.B.'s. Nach dem Abs. 2 des Art. 30 nämlich kann die Bilanz in ein dazu bestimmtes Buch eingeschrieben oder jedesmal besonders aufgestellt werden. Im letzteren Falle sind die Bilanzen zu sammeln und in zusammenhängender Reihenfolge geordnet aufzubewahren. Nach Art. 32 Abs. 2 müssen die Bücher überhaupt gebunden und jedes von ihnen muß Blatt für Blatt mit fortlaufenden Zahlen versehen sein. Die Konsequenz der vom Staatsanwalt verteidigten Ansicht würde daher zu dem ohne weiteres abzuweisenden Resultate führen, daß jedwede Verabsäumung einer Vorschrift des Handelsgesetzbuches über Inhalt und Form der Handelsbücher, zu denen — mindestens im weiteren Sinne — auch die Bilanz zählt, die geführten Bücher und die angefertigte Bilanz als nicht geführt, bzw. nicht angefertigt erscheinen lasse, ein Ergebnis, welches auch in direkten Widerspruch mit §. 210 Nr. 2 R.D. träte, indem darin nur derjenige Kaufmann bedroht ist, der die gesetzlich angeordneten Handelsbücher zu führen unterlassen oder so unordentlich geführt hat, daß sie keine Übersicht des Vermögenszustandes gewähren.

Nicht minder unvereinbar ist die durch die Revision vertretene Auffassung mit Artt. 34 flg. H.G.B.'s. Wenn Art. 34 ordnungsmäßig geführten Handelsbüchern innerhalb eines gewissen Gebietes eine gewisse privilegierte Beweisraft zugesetzt, und Art. 35 bestimmt, daß

Handelsbücher, bei deren Führung Unregelmäßigkeiten vorgefallen sind, vom Richter nur nach Ermessen mit Beachtung der Art und Bedeutung der Unregelmäßigkeiten berücksichtigt werden sollen, so wird unzweideutig davon ausgegangen, daß solche formwidrig *re* eingerichtete Handelsbücher trotzdem Handelsbücher sein und bleiben können. Die Erheblichkeit dieses Momentes für die gegenwärtige Frage wird selbstverständlich nicht durch die inzwischen erfolgte Aufhebung der Artt. 34. 35 (Einf.-Ges. zur C.P.D. §. 13 Nr. 2) und die nunmehrige Geltung des §. 259 C.P.D. beseitigt. — Der §. 210 Nr. 3 R.D. enthält nur eine Spezialbestimmung wider die nicht rechtzeitige Ziehung der Bilanz.

Da im vorliegenden Falle der authentische Ursprung der nicht unterzeichneten Bilanzen sowie die fristgemäße Aufstellung derselben seitens der Angeklagten festgestellt worden, ist von der Strafkammer ohne Rechtsirrtum angenommen, daß es die Angeklagte nicht gegen die Bestimmung des Handelsgesetzbuches unterlassen habe, die Bilanz ihres Vermögens in der vorgeschriebenen Zeit zu ziehen.